

## Stimme der Jugend

# Politische Forderungen des Kreisjugendring München-Land zur Bundestagswahl 2025

#stimmederjugend #btw25 #jugendpolitik  
Beschlossen in der Vorstandssitzung am 18.02.2025

Alle Forderungen in einem Bild



Das Bild wurde mit KI-Unterstützung von ChatGPT erstellt.

## Inhalt

Einleitung .....	2
Forderung 1: Kein Platz für Hetze – Politik mit Haltung und Respekt .....	4
Forderung 2: Wahlaltersenkung .....	5
Forderung 3: Jugendgerechte Gesellschaft.....	6
Forderung 4: Sozialraumorientierte Bildungslandschaften und Chancengerechtigkeit .....	7
Forderung 5: Wohn- und Lebensqualität .....	8
Forderung 6: Mobilitätsausbau .....	9
Forderung 7: Gesundheitsförderung .....	10
Forderung 8: Nachhaltigkeit.....	11

## Einleitung

Im Arbeitskreis *Stimme der Jugend* des Kreisjugendring München-Land (KJR) haben junge Menschen aus dem Landkreis München insgesamt acht jugendpolitische Forderungen an die Bundespolitik entwickelt. Die Ideen und Themen wurden von den Jugendlichen, die zum Teil auch in Jugendparlamenten aktiv sind, selbst erarbeitet und anschließend in konkrete Forderungen übersetzt. Ziel war es, die Perspektiven junger Menschen sichtbar zu machen und klare Handlungsanweisungen für die Politik zu formulieren.

Eine spannende Beobachtung war, dass die Jugendlichen in ihrer Arbeit von den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen inspiriert wurden. Diese globalen Ziele dienten nicht nur als Orientierung, sondern wurden von den jungen Menschen kreativ in ihre Vision einer besseren Zukunft für Deutschland integriert. Ihr Leitbild ist eine positive Zukunftsvision, in der Technologie, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit harmonisch miteinander verbunden sind.

Die hier präsentierten Forderungen spiegeln diesen optimistischen und lösungsorientierten Ansatz wider. Ihre Inhalte beschreiben eine offene, vielfältige und nachhaltige Gesellschaft, in der junge Menschen eine zentrale Rolle spielen. Unser Ziel ist es, diese Forderungen als Grundlage für eine zukunftsgerichtete Diskussion und konkrete politische Maßnahmen zu nutzen.

Lasst uns gemeinsam anpacken und die Vision einer besseren Welt Realität werden lassen!

## Prozessbeschreibung

Die jugendpolitischen Forderungen zur Bundestagswahl 2025 sind in einem partizipativen Prozess, mit mehreren Beteiligungsschleifen verschiedener Personengruppen, im Zeitraum von November 2024 bis Februar 2025, entstanden. Zu den verschiedenen Personengruppen gehören der KJR-Vorstand, rund 25 junge Menschen zwischen 15-19 Jahren aus dem Landkreis München, darunter Mitglieder der Jugendparlamente Neubiberg und Unterschleißheim sowie Mitarbeitende des KJR. Die Formulierung der Forderungen wurde durch den KI-Chatbot ChatGPT unterstützt.

- Phase 1: Partizipative Themensammlung mit Jugendlichen 08. - 09.11.2024
- Phase 2: Erste Formulierungsphase bis Mitte Januar 2025
- Phase 3: Beteiligung verschiedener Personengruppen bis Anfang Februar 2025
- Phase 4: Zweite Formulierungsphase von Anfang bis Mitte Februar 2025
- Beschluss der Politischen Forderungen in der Vorstandssitzung am 18.02.2025

## Politischer Kontext

Erwähnenswert ist, dass Anfang November 2024, kurz vor der Themensammlung für die politischen Forderungen, die Ampelkoalition der Bundesregierung zerbrach. Am Ende der Beteiligungsphase und kurz vor Beginn der zweiten Formulierungsphase wurde Ende Januar 2025 im Bundestag der umstrittene Fünf-Punkte-Plan zur Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik der Unionsfraktion mit Stimmen der FDP und der AfD angenommen. Kurz vor dem Beschluss der Politischen Forderungen in der Vorstandssitzung des Kreisjugendring München-Land am 18.02.2025 gab es am 13.02.2025 einen Anschlag auf eine Demonstration in der Münchner Innenstadt.

## Aufbau der Forderungen

- a. Überschrift mit Unterüberschrift
- b. Konkrete Forderung
- c. Erklärung
- d. Konkrete Vorschläge für Handlungsansätze

## Kategorien

Die acht Forderungen lassen sich in folgende vier Kategorien zusammenfassen.

- Demokratie stärken (Forderungen 1, 2, 3)
- Bildung und Chancengerechtigkeit (Forderung 4)
- Wohnqualität und Mobilität (Forderungen 5, 6)
- Gesundheit und Nachhaltigkeit (Forderungen 7, 8)

## **Forderung 1: Kein Platz für Hetze – Politik mit Haltung und Respekt**

### **Kein Platz für Hetze und Ausgrenzung: Politik mit Haltung, Sachlichkeit und Respekt gestalten**

Wir fordern, dass die Bundespolitik ein Zeichen setzt: Schluss mit Populismus und Polarisierung – hin zu einer Politik, die junge Menschen mitnimmt und inspiriert. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung aktiv gegen populistische, menschenfeindliche und extremistische Ideologien positioniert.

Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung haben in einer demokratischen, vielfältigen und inklusiven Gesellschaft keinen Platz. Wir fordern mehr Sachlichkeit, Ehrlichkeit, Transparenz und konstruktive Diskussionen. Die Bundespolitik soll weniger Parteipolitik und mehr Themenpolitik machen, vor allem im öffentlichen Diskurs, und sich auf Inhalte konzentrieren. Wir fordern den Verzicht auf populistische Aussagen und polarisierende Sprache.

Die Geschichte hat uns gelehrt, dass populistische und extremistische Ideologien nicht nur spalten, sondern demokratische Werte und die Freiheit der Gesellschaft zerstören. In einer offenen Gesellschaft, die auf Vielfalt, Solidarität und Inklusion basiert, dürfen Hass und Hetze keinen Raum finden. Menschenfeindliches Gedankengut steht im direkten Widerspruch zu den Prinzipien der Jugendarbeit, die auf Anerkennung von Vielfalt, Partizipation und Förderung individueller Entfaltung basieren.

Junge Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich frei zu entwickeln, ohne in vorgeformte Denkmuster oder diskriminierende Raster gezwungen zu werden. Die Prävention und Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und diskriminierender Sprache ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern ein zentraler Baustein der Bildung und Jugendarbeit. Programme zur Stärkung von demokratischen Werten und zur Förderung von Respekt und Toleranz müssen ausgebaut werden. Es ist essenziell, dass wir nicht nur reagieren, sondern aktiv handeln, um wertschätzende Kommunikation zu fördern, demokratische Strukturen zu schützen und Extremismus vorzubeugen.

Wir möchten anregen, dass in allen weiterführenden Schulen Demokratiewerkstätten etabliert werden, in denen mit verschiedenen Methoden Demokratiekompetenzen vermittelt werden, wie z. B. Wissensvermittlung zu Wahlen, politische Planspiele, Formulierung politischer Forderungen, diskriminierungssensible Kommunikation und Argumentieren gegen Parolen. Die Verfassungsviertelstunde ist ein guter Impuls, aber in unseren Augen nicht ausreichend. Demokratiewerkstätten fördern bei Schüler\*innen die Fähigkeit, populistische Strukturen und diskriminierende Sprache zu erkennen, vermitteln Strategien, sich dagegen zu positionieren, Zivilcourage zu zeigen und sich aktiv für Vielfalt einzusetzen. Begleitet werden sollen die Demokratiewerkstätten durch jährliche, verpflichtende Projektstage zu Themen wie politische Abläufe, Diversität, Zivilcourage, Extremismusprävention oder Antidiskriminierung – geleitet von speziell geschulten Fachkräften aus der Jugend(sozial)arbeit und Bildungsarbeit.

Zudem sollen Lehrkräfte verpflichtend in der Sensibilisierung für diskriminierende Strukturen und extremistische Tendenzen geschult werden, um frühzeitig Anzeichen erkennen und angemessen reagieren zu können. So wird Haltung im Alltag gefördert und gelebt und junge Menschen werden aktiv in ihrer Entwicklung zu mündigen Demokrat\*innen begleitet.

Junge Menschen sehen Politik immer häufiger als Wettkampf, in dem es vor allem darum geht, kurzfristig zu gewinnen, anstatt nachhaltige Lösungen zu schaffen. Diese Wahrnehmung hemmt das Vertrauen in demokratische Prozesse und erschwert den Zugang zu politischen Themen.

Gerade Jugendliche, die sich für Klimaschutz, Gleichberechtigung oder soziale Gerechtigkeit einsetzen, erleben oft, wie diese Anliegen durch populistische Rhetorik und einfache Feindbilder in den Hintergrund gedrängt werden.

Der KJR erlebt in der Jugendarbeit, wie wichtig es ist, jungen Menschen Räume zu bieten, in denen sie wertschätzend diskutieren und eigene Standpunkte entwickeln können. Wertschätzende Kommunikation ist der Schlüssel, um politische Bildung erfolgreich und nachhaltig zu gestalten. Politik muss Vorbild sein: Sie muss zeigen, wie Respekt, Fakten und Zusammenarbeit funktionieren – besonders in einer Zeit, in der Polarisierung und Desinformation zunehmen.

Deshalb braucht es Formate und Initiativen, die auf Augenhöhe mit jungen Menschen kommunizieren und sie ernst nehmen. Der KJR will dazu beitragen, junge Menschen durch Workshops, Projekte, Demokratiewerkstätten und Dialogformate in ihrer Kommunikationsfähigkeit und politischen Haltung zu stärken. Dafür braucht es jedoch zusätzliche Unterstützung und finanzielle Mittel durch Bundesprogramme, um diese Arbeit nachhaltig und wirkungsvoll auszubauen.

## **Forderung 2: Wahlaltersenkung**

### **Mitbestimmung ab 14 Jahren: Die Jugend soll mitentscheiden**

**Wir fordern, dass das Wahlalter bei allen Wahlen auf 14 Jahre gesenkt wird. Gleichzeitig soll die politische Bildung bereits in der Grundschule beginnen und altersgerecht aufbereitet werden, damit Kinder und junge Menschen frühzeitig in politische Abläufe und Entscheidungsprozesse eingebunden werden.**

Junge Menschen sind die Zukunft unserer Gesellschaft und verdienen es, altersgerecht in politische Entscheidungen miteinbezogen zu werden. Das Wahlrecht ab 14 Jahren ermöglicht Jugendlichen, aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt und ihrer Zukunft teilzunehmen und Verantwortung dafür zu übernehmen. Kinder und Jugendliche sollen nicht nur passiv von den Entscheidungen der Erwachsenenwelt abhängig sein. Die Schlüssel dazu sind politische Bildung und demokratische Wertevermittlung. Sie müssen bereits in der Grundschule, spätestens ab der dritten Klasse beginnen, um Kinder und junge Menschen mit den nötigen Kompetenzen auszustatten, sich eine eigene Meinung zu bilden und politisch aktiv zu werden. Die altersgerechte Aufbereitung von politischen Geschehnissen fördert das Verständnis von politischen Prozessen. Frühzeitige politische Bildung fördert außerdem das Interesse an demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichen Prozessen und hilft, politisches Engagement zu stärken.

Es ist nicht nur eine Frage des Rechts auf Mitbestimmung, sondern auch des Respekts für die Meinungen und Interessen junger Menschen. Viele junge Menschen engagieren sich bereits ehrenamtlich und leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander. Sie sind bereit, Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft zu übernehmen, weshalb die Stimme der Jugend stärker gewichtet werden muss.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Gesetz zur Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre zu erlassen und dafür zu sorgen, dass politische Bildung schon ab der Grundschule verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen wird. Lehrer\*innen und Schulen sollen in die Lage versetzt werden, Inhalte altersgerecht und spannend zu vermitteln.

Um die nötige politische Bildung umzusetzen, sollen Projekte und Initiativen wie Beteiligungs-Workshops, Schulbesuche von Politiker\*innen und interaktive Lernmaterialien entwickelt werden, die den Schüler\*innen die politische Welt näherbringen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Anreize für Länder und Kommunen zu schaffen, innovative Formate zur politischen Bildung durchzuführen. Dazu gehört auch die Aufklärung über die Einflussnahme der sozialen Medien auf Politik und der reflektierte Umgang damit.

## **Forderung 3: Jugendgerechte Gesellschaft**

### **Junge Gesellschaft: Mitbestimmung und Dialog für eine jugendgerechte Zukunft**

Wir fordern, dass verpflichtend ein gewisser Prozentsatz in Bürgerräten und -gremien mit U18-Jährigen besetzt wird, um ihre Perspektiven in die Politik zu integrieren. Es muss Raum für eine frühzeitige politische Bildung und echte Mitentscheidung geschaffen werden, auch in Schulen.

Es ist entscheidend, dass junge Menschen nicht nur über ihre Zukunft sprechen dürfen, sondern auch in die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung eingebunden werden. Besonders junge Menschen brauchen Schutz vor diskriminierenden und ausgrenzenden Strukturen und müssen in ihrem Recht auf freie Entfaltung und Teilhabe gestärkt werden. Gemeinsam mit dem Bayerischen Jugendring fordern wir daher den Erhalt und Ausbau der Antidiskriminierungsstellen durch Bundesmittel.

Viele Themen, die heute diskutiert werden, betreffen vor allem die kommenden Generationen. Dennoch werden jugendliche Perspektiven in vielen politischen Diskussionen und Entscheidungen immer noch zu wenig berücksichtigt. Eine verpflichtende Beteiligung von Jugendlichen in Bürgerräten, Bürgergremien und Schulgremien gibt ihnen nicht nur eine Stimme, sondern fördert auch Verantwortungsübernahme und Teilhabe. Das stärkt Interesse und Verständnis für politische Prozesse und ermöglicht einen Dialog, der die Bedürfnisse aller Generationen berücksichtigt. Dabei geht es nicht um die Gegensätze zwischen jungen und älteren Generationen, sondern um das gemeinsame Miteinander.

Die Förderung der Individualität und Offenheit für unterschiedliche Lebensentwürfe sind wichtige Bausteine einer jugendgerechten Gesellschaft. Dazu gehört, dass wir als Gesellschaft von Kindern und Jugendlichen lernen, sie ernst nehmen und als gleichwertige Partner in der Diskussion und Gestaltung der Zukunft anerkennen. Wir müssen verhindern, dass gesellschaftliche Normen starr bleiben, und vielmehr den Raum für neue Ideen und Perspektiven schaffen.

Sowohl Bundestag als auch Bundesrat sich verpflichten, eine bestimmte Zahl an Gastreden von jungen Menschen unter 18 Jahren in ihre Sitzungen zu integrieren und ihre Sitzungsabläufe jugendgerecht zu gestalten. Politik muss für alle verständlich sein. Eine jugendgerechte Sitzungsstrategie ist zum Beispiel eine „Überholspur“ für Jugendthemen in politischen Gremien. Zusätzlich sollen die Kinder- und Jugendarbeit und die Schulen verstärkt in den Prozess einbezogen werden, junge Menschen über ihre Mitsprache- und Gestaltungsrechte sowie politischen Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren und sie aktiv in politische Diskussionen und Entscheidungen einzubinden.

## **Forderung 4: Sozialraumorientierte Bildungslandschaften und Chancengerechtigkeit**

### **Bildungslandschaften für die Zukunft gestalten: Gleiche Chancen für alle und Vielfalt leben**

Wir fordern, dass der Aufbau von sozialraumorientierten Bildungslandschaften in allen Regionen vorangetrieben wird, die Vernetzung von Bildungsakteuren gestärkt und jugendgerechte Angebote im Nahraum geschaffen werden. Wir fordern, dass junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Hintergrund oder ihrer Lebenssituation die gleichen Chancen auf Bildung, Mitbestimmung und persönliche Entfaltung erhalten. Dazu müssen strukturelle Barrieren abgebaut, Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut und gezielte Förderprogramme etabliert werden, um Vielfalt und Teilhabe zu fördern.

Bildungslandschaften bieten den Raum, in dem Bildung über Schule hinaus stattfindet – in außerschulischen Einrichtungen, Freizeitangeboten, Verbänden und durch die aktive Beteiligung der Jugend. Eine gut gestaltete Bildungslandschaft ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort der Begegnung, der Partizipation und der kreativen Entfaltung. Sie fördert nicht nur die Entwicklung individueller Fähigkeiten, sondern stärkt auch die Gemeinschaft und die gesellschaftliche Verantwortung. Um dies zu erreichen, müssen wir eine umfassende Vernetzung der lokalen Bildungsakteure aufbauen, die strukturelle, finanzielle und organisatorische Hürden abbaut und Raum für jugendgerechte Bildungsangebote schafft. In Schulen soll mehr demokratische Mitbestimmung durch Schüler\*innenräte stattfinden. Außerschulische Bildungsangebote sowie partizipative und selbstorganisierte Freizeitangebote müssen stärker in den Fokus rücken, da diese die Möglichkeit bieten, neue Perspektiven zu gewinnen, mitzuentcheiden und sich als junger Mensch in der Gesellschaft auszuprobieren und zu positionieren.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die Digitalisierung: Sie muss nicht nur in Schulen, sondern auch in der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit vorangetrieben werden. Medienkompetenz muss vermittelt und bürokratische Prozesse müssen vereinfacht werden. Zudem braucht es eine verstärkte politische Bildung und Platz für Themen wie Gemeinwohlökonomie, Natur und Technik, interkulturelle Bildung und Diversität, psychische Gesundheit und Resilienz oder Berufsorientierung und Unternehmertum, die eine ausgewogene Bildung ermöglichen. Ein differenzierter und ganzheitlicher Blick soll vermittelt werden.

Die Bundesregierung soll Fördergelder für den Aufbau von Bildungslandschaften und für Projekte im Bereich der außerschulischen Bildung bereitstellen. Dafür sollten unbürokratische und langfristige Fördermodelle entwickelt werden. Zusätzlich muss die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendarbeit und anderen Akteuren gefördert werden, um ein flächendeckendes Bildungsnetzwerk zu schaffen.

Chancengerechtigkeit ist die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft. Junge Menschen brauchen faire Möglichkeiten, ihre Potenziale zu entfalten, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben, aus finanziell abgesicherten oder belasteten Familien stammen oder welche kulturellen und individuellen Hintergründe sie mitbringen. Der Zugang zu hochwertiger Bildung, politischen Mitbestimmungsräumen und Freizeitangeboten darf nicht vom Wohnort, der finanziellen Situation oder der Unterstützung des Elternhauses abhängen.

Wir müssen allen jungen Menschen den Raum geben, ihre Interessen zu entdecken und ihre Zukunft selbstbestimmt zu gestalten. Das bedeutet auch, dass bestehende Ungleichheiten aktiv angegangen werden: durch Programme für finanziell benachteiligte Familien, gezielte Bildungsförderung, inklusive Projekte und eine bessere Unterstützung von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte. Gleichzeitig müssen wir den Dialog zwischen den Generationen stärken, um Vorurteile abzubauen und die Bedeutung von Chancengleichheit für die gesamte Gesellschaft zu vermitteln.

Hierfür fordern wir die Sicherung und den Ausbau des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), auch vor dem Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten. Weiterhin fordern wir die Förderung von Austausch- und Begegnungsprogrammen, Mehrgenerationenprojekten und die Erhöhung der Regelfördersätze für Bildungsangebote und -materialien. Hierbei ist darauf zu achten, Bürokratie und Anspruchsvoraussetzungen möglichst niedrig zu halten. Darüber hinaus fordern wir die Reformierung der Schulsysteme.

## **Forderung 5: Wohn- und Lebensqualität**

### **Ein Zuhause für die kommende Generation: Nachhaltiges Wohnen als Grundrecht**

**Wir fordern bezahlbares, nachhaltiges und Junges Wohnen, das innovative Wohnprojekte und Gemeinschaften fördert. Leerstand durch Spekulationsimmobilien muss verhindert werden und freie Flächen sollen für temporäre Wohnprojekte nutzbar gemacht werden.**

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und eine Voraussetzung für ein gutes, selbstbestimmtes Leben. Doch junge Menschen stehen vor großen Herausforderungen: hohe Mieten, Spekulationen und fehlender Wohnraum. Besonders in Ballungsräumen wie dem Landkreis München wird dies zunehmend problematisch. Temporäre Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser, selbstverwaltete Wohneinheiten mit geteilten Gemeinschaftsräumen und Quartiere der „kurzen Wege“ sind erprobte Ansätze, die nicht nur Wohnraum schaffen, sondern auch soziale Netzwerke fördern. Diese Modelle müssen ausgeweitet werden und es müssen mehr Mietwohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Nachhaltiges Bauen ist ein weiterer Schlüssel. Bürokratische Hürden müssen abgebaut werden, damit innovative Baustoffe schneller genutzt und Brachflächen zügiger umgewidmet werden können. Lösungen wie Tiny-Häuser auf Brachflächen bieten bezahlbaren Wohnraum und eröffnen jungen Menschen neue Chancen.

Die Bundesregierung soll Kommunen und Träger wie den KJR fördern, temporäre Wohnprojekte auf Brachflächen zu realisieren. Die Jugendarbeit kann diese Projekte pädagogisch begleiten und gemeinsam mit Jugendlichen innovative Konzepte entwickeln, die Gemeinschaft fördern und langfristig bezahlbares Wohnen sichern. Gleichzeitig müssen gesetzliche Regelungen Leerstand minimieren (z. B. durch hohe Besteuerung) und nachhaltige Bauverfahren erleichtern (z. B. durch die Zulassung nachhaltiger Baumaterialien).

## **Forderung 6: Mobilitätsausbau**

### **Mobilität für alle: ÖPNV als Schlüssel zur Teilhabe und Nachhaltigkeit**

**Wir fordern einen flächendeckend ausgebauten, zuverlässigen und sozial gerechten öffentlichen Nahverkehr, der junge Menschen erreicht und für sie kostenlos ist oder bezahlbar bleibt.**

Ein kostenloser oder bezahlbarer und zuverlässiger öffentlicher Nahverkehr ist für junge Menschen eine entscheidende Grundlage, um Bildung, Arbeit und Freizeitangebote zu erreichen. Bessere Mobilität fördert mehr Begegnungen und erhöht berufliche Chancen. Das Deutschlandticket hat gezeigt, dass Mobilität durch eine Vereinfachung des Tarifsystems erleichtert werden kann. Dennoch ist der Preis von derzeit 58 Euro bzw. 38 Euro pro Monat für viele junge Menschen – insbesondere für Auszubildende, Studierende und Geringverdiener\*innen – immer noch eine erhebliche finanzielle Hürde.

Die Preisentwicklungen der letzten Monate verdeutlichen, dass Mobilitätspolitik nicht auf halbem Weg stehen bleiben darf. Wir benötigen langfristig sozial gerechte Lösungen, die jungen Menschen echte Teilhabe und hohe Mobilität ermöglichen. Dazu gehören ein weitergehender Ausbau von preisgünstigen Tickets und der öffentliche Fokus auf innovative Mobilitätskonzepte in ländlichen Regionen. Besonders hier mangelt es an ausreichenden Anbindungen, wodurch junge Menschen oft auf ein eigenes Auto angewiesen sind – eine Belastung für sie und die Umwelt.

Gleichzeitig muss die Qualität der Infrastruktur verbessert werden. Volle Züge, unpünktliche Verbindungen und eine unzureichende Taktung entmutigen viele, auf den ÖPNV zu setzen. Eine Modernisierung der Bahninfrastruktur sowie die Förderung innovativer Mobilitätslösungen wie bedarfsorientierter Busse oder Ruftaxis sind dringend notwendig.

Die Bundesregierung soll gezielt Mittel für die Entwicklung und Umsetzung lokaler Mobilitätskonzepte bereitstellen. Mit diesen Mitteln können gemeinsam mit Jugendlichen Mobilitätskonzepte entwickelt werden, die auf die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen in der Region eingehen. Dazu zählen z. B. Jugendbeteiligungsprojekte, in denen konkrete Bedarfe erhoben und innovative Ansätze für ländliche Mobilität erarbeitet werden. Ein erster Schritt muss sein, das 38-Euro-Ticket auch für Schüler\*innen einzuführen. Außerdem sollen ÖPNV-Vergünstigungen für Ehrenamtliche eingeführt werden.

## **Forderung 7: Gesundheitsförderung**

### **Junge mentale Gesundheit**

**Wir fordern, dass die Bundesregierung in Zeiten nach der Corona-Pandemie und angesichts der aktuellen Multikrisen gezielte Maßnahmen ergreift, um jungen Menschen den Zugang zu schneller, niederschwelliger mentaler Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.**

Die Corona-Pandemie und die darauffolgenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krisen haben die mentale Gesundheit vieler junger Menschen stark belastet. Einsamkeit, Unsicherheit und Angst vor der Zukunft haben die psychischen Herausforderungen verstärkt, die viele bereits vor der Pandemie hatten. In dieser Zeit ist es besonders wichtig, junge Menschen nicht nur in ihren aktuellen Problemlagen zu unterstützen, sondern ihnen auch eine zuversichtliche Zukunftsperspektive zu vermitteln. Der Zugang zu schnellen, niederschweligen Hilfsangeboten, die jungen Menschen konkrete Handlungsmöglichkeiten und Unterstützung bieten, ist dabei entscheidend.

Darüber hinaus braucht es präventive Maßnahmen, die junge Menschen frühzeitig unterstützen und Achtsamkeit schulen. Zum Beispiel können routinemäßige, jährliche „Mental Health Check-ups“ im Rahmen von Beratungsgesprächen z. B. beim Hausarzt helfen, Problemstellungen frühzeitig zu erkennen, den Druck zu lindern und jungen Menschen Perspektiven oder Möglichkeiten der Krisenintervention aufzuzeigen. Solche Angebote sollen nicht nur in Krisenzeiten, sondern dauerhaft zur Verfügung stehen, um junge Menschen zu stärken und ihnen Vertrauen in ihre Fähigkeit zur Bewältigung von Herausforderungen zu vermitteln. Dauerhafte und akzeptierte Angebote helfen auch, die Tabuisierung und Stigmatisierung mentaler Gesundheitsprobleme zu reduzieren.

Die Bundesregierung soll ein Programm zur Förderung von niederschweligen, präventiven Angeboten für die mentale Gesundheit junger Menschen initiieren. Dies kann durch die verstärkte Bereitstellung von Mitteln für die Ausbildung von Therapeut\*innen, die auf die Bedürfnisse junger Menschen spezialisiert sind, sowie durch die Förderung von lokalen Anlaufstellen und Beratungsdiensten geschehen. Die Bundesregierung soll Mittel zur Verfügung stellen, die für eine Reform der Kassensitzvergabe für Psychotherapeut\*innen eingesetzt wird, die zum Ziel hat, die Zahl der Therapieplätze zu erhöhen und Wartezeiten zu verkürzen. Zudem sollen gezielte Aufklärungskampagnen und Projekte zur Enttabuisierung psychischer Erkrankungen ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit mit Schulen und Lehrkräften, Jugendverbänden und lokalen Organisationen und Initiativen, wie dem KJR, kann dabei helfen, diese Angebote direkt und gezielt in der Lebenswelt junger Menschen anzubieten.

## **Forderung 8: Nachhaltigkeit**

### **Nachhaltiges Leben: Jetzt Verantwortung übernehmen**

**Wir fordern eine nachhaltige Zukunft durch bezahlbare gesunde Ernährung, Ausbau erneuerbarer Energien und eine Kreislaufwirtschaft. Nachhaltigkeit muss bei jedem Projekt Priorität haben.**

Die Klimakrise fordert uns dazu auf, sofort Verantwortung zu übernehmen. Eine nachhaltige Lebensweise beginnt bei der Ernährung. Regionale, saisonale Produkte sollten bezahlbar und nicht nur Luxusgüter für eine privilegierte Minderheit sein. Um dies zu ermöglichen, müssen Subventionen umverteilt werden, damit gesunde Ernährung für alle zugänglich ist. Diese Veränderung schafft nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern fördert auch die Umwelt durch nachhaltige Landwirtschaft.

Ein zentraler Bestandteil der Transformation ist der Ausbau erneuerbarer Energien. Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Integration von Solarenergie in Neubauten als verbindlicher Standard etabliert werden. Durch diese Maßnahmen können wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß effektiv reduzieren und den Weg zu einer klimafreundlicheren Zukunft ebnen. Die Bundesregierung muss konkrete Vorgaben machen, um diese Entwicklung zügig umzusetzen.

Zudem muss der Wandel in der Industrie weg von einem Wachstumsparadigma hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft bzw. einer Gemeinwohlökonomie vorangetrieben werden. Produkte sollen möglichst so konzipiert werden, dass sie wiederverwertbar, reparierbar oder müllarm sind, um Abfall zu vermeiden und die Mülllast gering zu halten. Umweltschutz muss integraler Bestandteil neuer Bau- und Infrastrukturprojekte sowie neuer Mobilitätskonzepte etc. sein. Dies erfordert umfassende Planungen und Technologieoffenheit, die ökologische Aspekte von Anfang an berücksichtigen und nachhaltige Lösungen anbieten.

Die Bundesregierung soll Fördermittel für lokale Klimaschutzinitiativen erhöhen und verpflichtende Standards wie Solarenergie bei Neubauten einführen. Der KJR kann auf bestehende Projekte wie das Naturerlebniszentrum und die 29++ Klima.Energie.Initiative aufbauen, um regionale Klimaschutzprojekte zu fördern. Es braucht mehr Mittel für innovative Bildungsangebote und Raum für Umweltbildung an Schulen. Jungen Menschen soll die aktive Mitgestaltung nachhaltiger Projekte ermöglicht werden, um Umweltbewusstsein und Handlungskompetenz zu stärken.